

diskurs

The logo consists of a red parallelogram shape pointing downwards to the right, with the letters 'DGB' in white, bold, sans-serif font inside it.

DGB

Besoldungsreport 2015

**Die Entwicklung der Einkommen der Beamtinnen
und Beamten von Bund, Ländern und Kommunen**

Herausgeber:
DGB Bundesvorstand
Abteilung Öffentlicher Dienst und Beamtenpolitik
Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin
www.dgb.de

erarbeitet von: Dr. Karsten Schneider, Henriette Schwarz
Redaktion: Henriette Schwarz
Layout: Henriette Schwarz
Verantwortlich: Elke Hannack

Stand: März 2015

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis.....	- 5 -
Abbildungsverzeichnis	- 6 -
Kurz und bündig – Die Einkommensentwicklung der Beamtinnen und Beamten von Bund, Ländern und Kommunen	- 7 -
1. Die Jahresbruttobesoldung 2015 der Besoldungsgruppen A5, A9 und A13	- 9 -
2. Die Jahresbruttobesoldung 2015 der Besoldungsgruppen A5, A9 und A13 unter Berücksichtigung der Arbeitszeit	- 12 -
3. Die prozentuale Entwicklung der Jahresbruttobesoldung von 2008 bis 2015	- 14 -
4. Vergleich der realen mit der fiktiven Monatsbruttobesoldung 2015	- 17 -
Anhang	- 22 -
Tarifentwicklung 2000 bis 2014 in ausgewählten Branchen.....	- 22 -
Tarif- und Besoldungsrunde Länder und Kommunen 2011/2012	- 23 -
Tarif- und Besoldungsrunde Bund 2012/2013	- 27 -
Tarif- und Besoldungsrunde Länder und Kommunen 2013/2014	- 28 -
Tarif- und Besoldungsrunde Bund 2014/2015	- 31 -
Tarif- und Besoldungsrunde Länder und Kommunen 2015/2016	- 32 -
Grundbeträge des Familienzuschlags 2015.....	- 33 -

Abkürzungsverzeichnis

GdP	Gewerkschaft der Polizei
GEW	Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
IG BAU	Industriegewerkschaften Bauen-Agrar-Umwelt
TdL	Tarifgemeinschaft deutscher Länder
TV-H	Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst des Landes Hessen
TV-L	Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst der Länder
TVöD	Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst
ver.di	Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1	A5-Jahresbruttobesoldung 2015	S. 9
Abb. 2	A9-Jahresbruttobesoldung 2015	S. 10
Abb. 3	A13-Jahresbruttobesoldung 2015	S. 11
Abb. 4	A5-Jahresbruttobesoldung 2015 bei Annahme einer 40h-Woche	S. 12
Abb. 5	A9-Jahresbruttobesoldung 2015 bei Annahme einer 40h-Woche	S. 13
Abb. 6	A13-Jahresbruttobesoldung 2015 bei Annahme einer 40h-Woche	S. 13
Abb. 7	prozentuale Entwicklung der A5-Jahresbruttobesoldung von 2008 bis 2015	S. 15
Abb. 8	prozentuale Entwicklung der A9-Jahresbruttobesoldung von 2008 bis 2015	S. 15
Abb. 9	prozentuale Entwicklung der A13-Jahresbruttobesoldung von 2008 bis 2015	S. 16
Abb. 10	Vergleich der realen mit der fiktiven A5-Jahresbruttobesoldung 2015 bei Annahme einer 40h-Woche	S. 19
Abb. 11	Vergleich der realen mit der fiktiven A9-Jahresbruttobesoldung 2015 bei Annahme einer 40h-Woche	S. 20
Abb. 12	Vergleich der realen mit der fiktiven A13-Jahresbruttobesoldung 2015 bei Annahme einer 40h-Woche	S. 21

Kurz und bündig – Die Einkommensentwicklung der Beamtinnen und Beamten von Bund, Ländern und Kommunen

Jährlich findet im öffentlichen Dienst eine Tarifrunde statt. Die DGB-Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes verhandeln im Zweijahresrhythmus entweder mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder beziehungsweise dem Land Hessen (TV-L; TV-H) oder aber mit dem Bund sowie der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (TVöD) über die Anhebung der Tariflöhne der ArbeitnehmerInnen des öffentlichen Dienstes¹. Deren Entwicklung konnte in den vergangenen fünfzehn Jahren kaum mit den großen tarifgebundenen Branchen der Metall- und Elektroindustrie sowie der chemischen Industrie mithalten.² Die Tariflöhne im öffentlichen Dienst blieben um 10 Prozentpunkte hinter ihnen zurück. Aber nicht nur das: Die Entwicklung der Tariflöhne im öffentlichen Dienst ist sogar unterdurchschnittlich, insgesamt fällt sie fast drei Prozentpunkte geringer aus, als der Durchschnitt aller Tarifentwicklungen in Deutschland. Berücksichtigt man zudem die Preise und die Produktivität – die Produktivitätsentwicklung einer Volkswirtschaft ist der Mindestmaßstab der Einkommensentwicklung – bleibt die tarifliche Entwicklung im öffentlichen Dienst sogar um fast 5 Prozentpunkte zurück. Dennoch können die DGB-Gewerkschaften ver.di, GdP, GEW und IG BAU dies als Erfolg verbuchen. Schließlich führen Schuldenbremsen und die schwierigen Lagen der öffentlichen Haushalte zu einer enormen Komplizierung der Verhandlungen.

Es war jahrzehntelang geübte Praxis, dass die vereinbarten Tarifanpassungen zeit- und wirkungsgleich auf die BeamtInnen von Bund, Ländern und Kommunen³ übertragen wurden. Dafür konnte sich der DGB als beamtenpolitische Spitzenorganisation oft erfolgreich einsetzen, auch, weil sich die Dienstherrn in der Regel ihrer besonderen Verantwortung für die eigenen Beschäftigten bewusst und damit der Forderung nach der 1:1 - Umsetzung nachzukommen bereit waren.

Seit der Übertragung der beamtenrechtlichen Gesetzgebungskompetenz auf die Länder für die Sonderzahlungen im Jahr 2002 und für alle nicht unmittelbar den Beamtenstatus betreffenden beamtenrechtlichen Fragen 2006, hat es tiefe Einschnitte gegeben. Sie nutzten und nutzen ihre einseitige Rechtssetzungskompetenz, um einen

¹ Bund: 135.421, Länder: 886.549, Kommunen: 1.019.324 (Vollzeitäquivalent); destatis Fachserie 14 Reihe 6, 2013.

² Siehe Diagramm „Tarifentwicklung 2000 bis 2014 in ausgewählten Branchen“, S. 23.

³ Bund: 169.778, Länder: 1.175.529, Kommunen: 170.160 (Vollzeitäquivalent); destatis Fachserie 14 Reihe 6, 2013.

besonderen Beitrag der BeamtInnen für die Haushaltskonsolidierung abzuschöpfen. Dies wirkt sich insbesondere auf die Beamtenbesoldung aus. Während es bei dieser bis 2006 ausschließlich eine Differenzierung zwischen Ost- und Westdeutschland gab, unterscheiden sich mittlerweile die Bezüge von Dienstherr zu Dienstherr teils erheblich.

Um diese Einkommensentwicklung der BeamtInnen anschaulich darzustellen, hat der DGB 2014 erstmals einen Besoldungsreport vorgelegt. Das dramatische Fazit: Die Besoldung der BeamtInnen hatte sich nach der Föderalismusreform I (2006) um bis zu 18,5 Prozent auseinanderentwickelt. Spreizungen solchen Ausmaßes, obwohl die vollständige Föderalisierung des Dienstrechtes erst acht Jahre zurückliegt, sind außerordentlich bemerkenswert und zeigen die Folgen einer Besoldungspolitik nach Kassenlage.

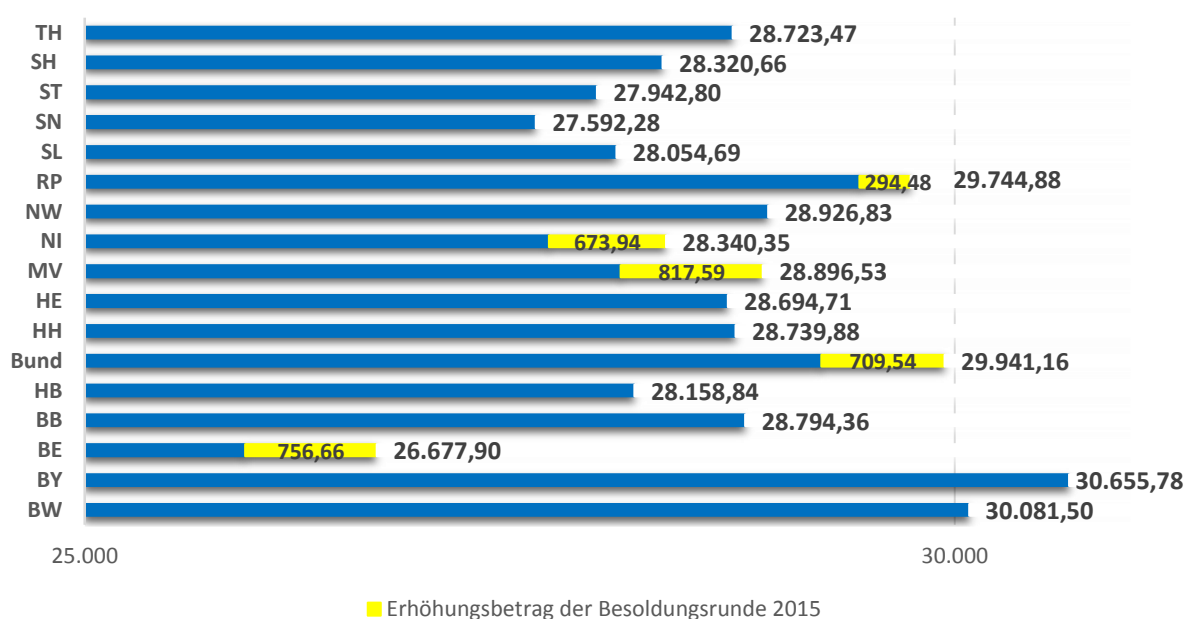
Wie sich die Besoldungssituation aktuell darstellt, bildet der DGB-Besoldungsreport 2015 deskriptiv anhand der Besoldungsgruppen A5, A9 und A13 ab. Bereits vor Abschluss der Besoldungsrunden 2015 zeigt sich, dass die Besoldungslücke zwischen „best-“ und „schlechtbesoldeten“ Dienstherr allenfalls geringfügig kleiner geworden ist. Derzeit liegt Berlin 15 Prozent hinter Bayern, das allerdings das Tarifiergebnis für 2015 und 2016 erst noch auf seine BeamtInnen übertragen wird.

Die Aufgabe des DGB als beamtenpolitischer Spitzenorganisation für rund 450.000 verbeamtete Mitglieder der DGB-Gewerkschaften liegt in den noch laufenden Besoldungsrunden mit den Ländern sowie in künftigen Einkommensrunden darin, die Übertragung der Tarifierhöhungen auf die BeamtInnen wieder zum Standard werden zu lassen. Wir können nicht tolerieren, dass die BeamtInnen von der Entwicklung der Tariflöhne abgekoppelt werden.

1. Die Jahresbruttobesoldung 2015 der Besoldungsgruppen A5, A9 und A13

Am 28. März 2015 konnten sich die Tarifvertragsparteien ver.di, GdP, GEW und IG BAU mit der TdL auf ein Tarifergebnis für die ArbeitnehmerInnen des öffentlichen Dienstes der Länder (mit Ausnahme Hessens) einigen. Der DGB setzt sich für die Übertragungen der Tariferhöhung auf die BeamtInnen der Länder und Kommunen ein. Doch haben zuvor bereits fünf Bundesländer – ohne die Höhe des Tarifabschlusses zu kennen – über die Besoldung und Versorgung ihrer Beamtenschaft entschieden.⁴ So erhöht Berlin die Bezüge zum 1. August 2015 um 3 Prozent, um schrittweise – auch auf die Kritik des DGB hin – die Besoldungslücke zu Brandenburg zu schließen. Die hessische Landesregierung bleibt bislang bei der von ihr angekündigten Nullrunde für dieses Jahr und Mecklenburg-Vorpommern hat die Beträge bereits zum 1. Januar 2015 um 2 Prozent angehoben. Zudem erfolgt in Niedersachsen zum 1. Juni 2015 eine Anpassung um 2,5 Prozent. Das Saarland und Baden-Württemberg wiesen die Forderung des DGB nach einer zeit- und wirkungsgleichen Übertragung des Tarifergebnisses auf ihre Beamtenschaft zurück. Lediglich vier Bundesländer kündigten an, dieser Aufforderung nachkommen zu wollen. Darunter neben Bayern, Hamburg und Sachsen auch Rheinland-Pfalz, das seit 2012 die Bezüge jährlich nur um 1 Prozent angehoben hat und dies ursprünglich bis 2017 so fortführen wollte. Der bundesweite Trend, vom Prinzip „Besoldung folgt Tarif“ abzuweichen, setzt sich offensichtlich auch 2015 weiter fort. Welche Auswirkungen dies auf die Entwicklungen der Jahresbezüge hat, lassen die Abbildungen 1 bis 3 erkennen.

Abbildung 1: A5-Jahresbruttobesoldung 2015 in Euro*



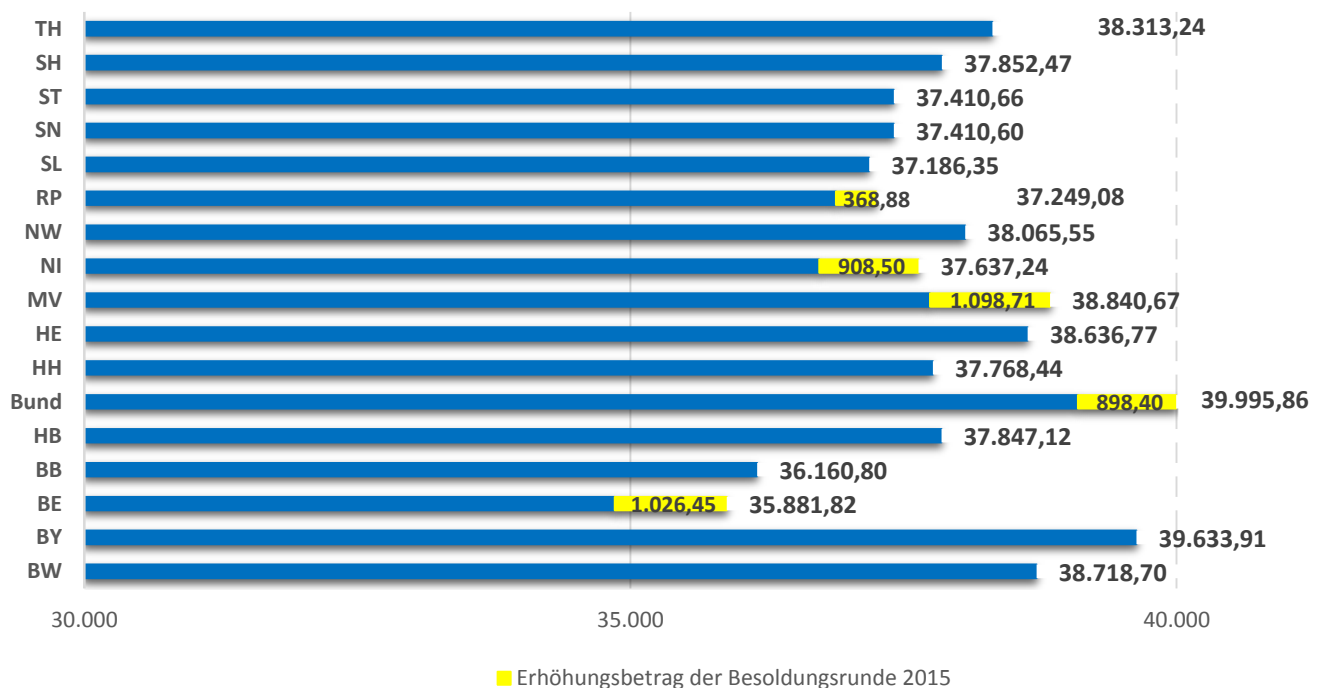
*Summe aus jährl. Grundgehalt Endstufe, allg. Stellenzulage/Strukturzulage, Sonderzahlung(en); eigene Berechnungen DGB BVV, Abt. OEB; März '15.

⁴ Die Besoldungsrunde der BundesbeamtInnen fand 2014 statt (vgl. Anhang S. 31). Daraus folgend wurden die Bezüge zum 1. März 2015 um 2,2 Prozent angehoben.

Die durchschnittliche Jahresbruttobesoldung der **Besoldungsgruppe A5** für das Jahr 2015 liegt derzeit bei 28.722,74 Euro. Dieser Wert wird nach Abschluss der Besoldungsrunden in den einzelnen Bundesländern noch steigen und bereits jetzt liegen Berlin mit 26.677,90 Euro, Niedersachsen mit 28.340,35 Euro und das Saarland mit 28.054,69 Euro teils erheblich unter dem derzeitigen Durchschnittswert. Die Differenz zwischen dem Bundesland mit dem höchsten (Bayern) und dem mit dem niedrigsten (Berlin) Jahresbetrag liegt derzeit gar bei 3.977,88 Euro. Damit erhalten die Berliner BeamtInnen rund 15 Prozent weniger Besoldung als ihre Bayerischen KollegInnen. Die Schere zwischen beiden Dienstherren geht 2015 sogar noch weiter auseinander, da der Freistaat das Tarifergebnis zeit- und wirkungsgleich übertragen wird.

Für die **Besoldungsgruppe A9** ergibt sich ein ähnliches Bild. Die durchschnittliche A9-Jahresbruttobesoldung für 2015 liegt aktuell bei 37.918,19 Euro. Berlin und Brandenburg weisen mit 2.036,38 Euro bzw. 1.757,39 Euro die größte Differenz dazu auf. Auch das Saarland, das eine sogenannte 1:1-Übertragung des Tarifergebnisses bereits ablehnte, und Niedersachsen, welches die Bezüge zum 1. Juni 2015 um 2,5 Prozent erhöhen wird, liegen unterhalb des noch steigenden Durchschnitts. Zwischen Berlin als „schlechtbesoldeten“ Dienstherr und dem Bund als derzeitigem Spitzenreiter liegen 4.114,04 Euro und damit eine Diskrepanz von 11,46 Prozent.

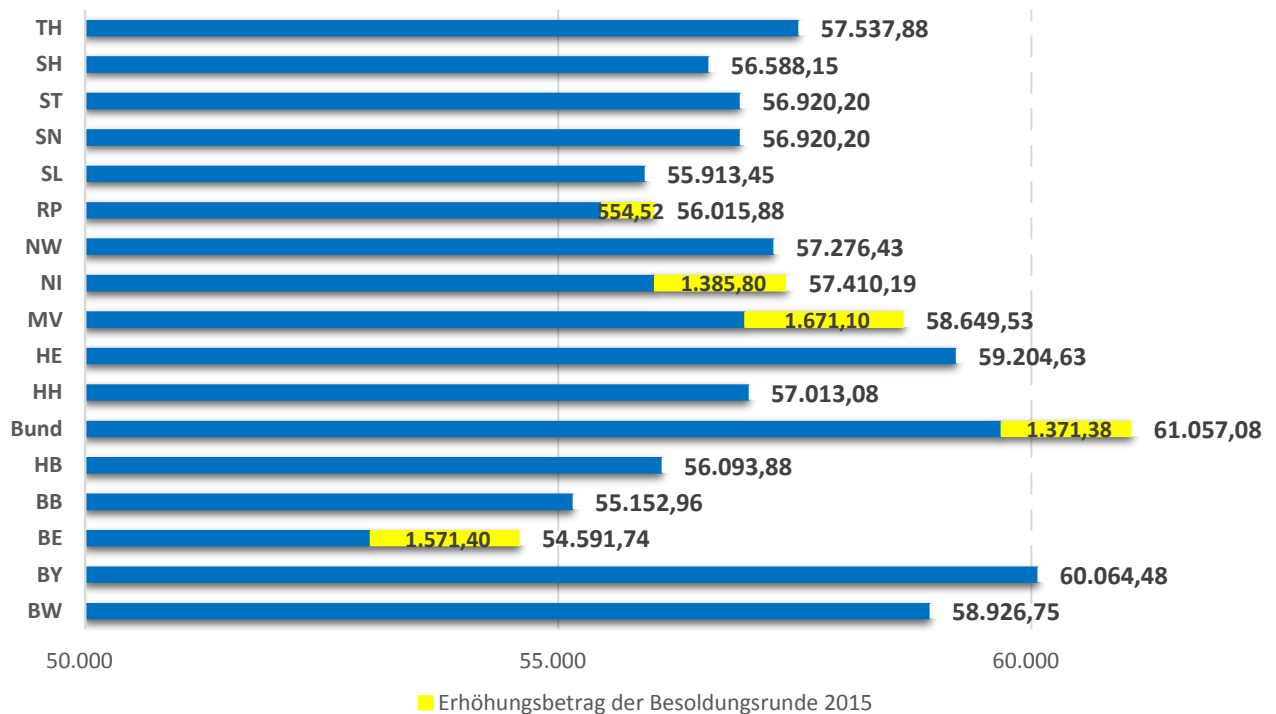
Abbildung 2: A9-Jahresbruttobesoldung 2015 in Euro*



*Summe aus jährl. Grundgehalt Endstufe, allg. Stellenzulage/Strukturzulage, Sonderzahlung(en); eigene Berechnungen DGB BVV, Abt. OEB; März '15.

Vergleichbar verhält es sich bei der **Besoldungsgruppe A13**. Im bundesweiten Durchschnitt erhält beispielsweise eine in A13 eingruppierte Gymnasiallehrerin ein Jahresbruttogehalt von 57.372,74 Euro. Weit hinter diesem Mittel zurück liegen die Dienstherren Berlin (-2.780,99 Euro), Brandenburg (-2.219,78 Euro), Bremen (-1.278,86 Euro), Rheinland-Pfalz (-1.356,86 Euro) und das Saarland (-1.459,29 Euro). Die größte Differenz liegt im Falle der Besoldungsgruppe A13 aktuell ebenfalls zwischen Berlin und dem Bund vor. So erhalten BundesbeamtInnen im Vergleich zu den Berliner KollegInnen, mit oftmals selben Wohnort, jährlich 6.465,34 Euro mehr.

Abbildung 3: A13-Jahresbruttobesoldung 2015 in Euro*

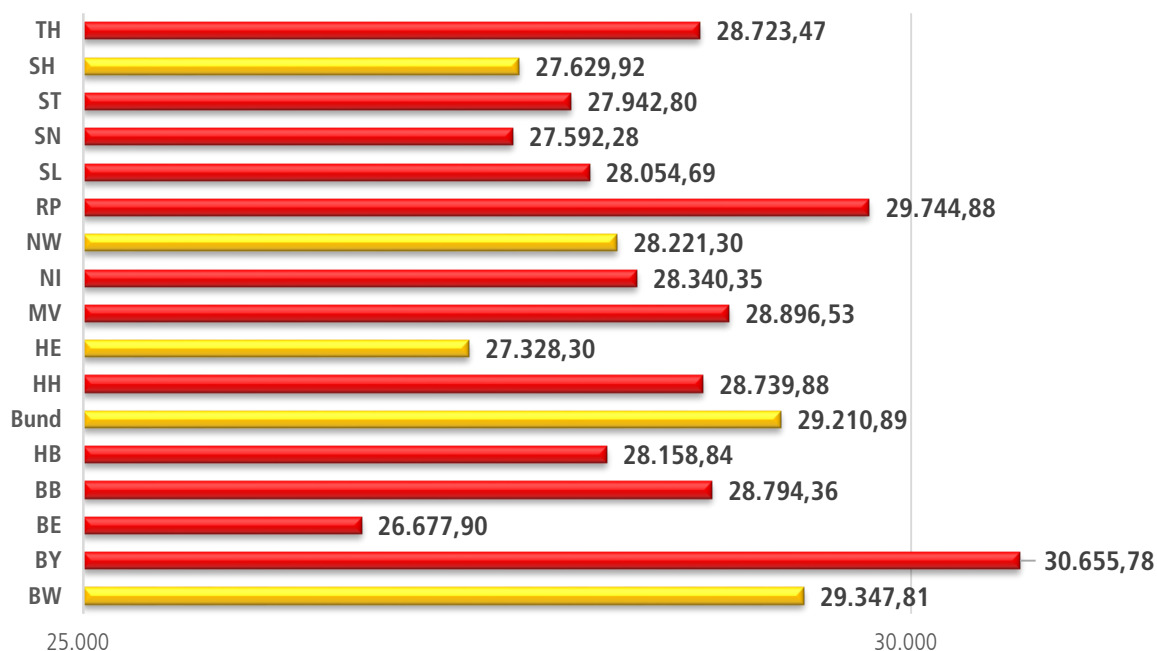


*Summe aus jährl. Grundgehalt Endstufe, allg. Stellenzulage/Strukturzulage, Sonderzahlung(en); eigene Berechnungen DGB BVV, Abt. OEB; Stand März '15.

2. Die Jahresbruttobesoldung 2015 der Besoldungsgruppen A5, A9 und A13 unter Berücksichtigung der Arbeitszeit

Um eine bessere Vergleichbarkeit der oben aufgezeigten Beträge herzustellen, bietet sich die Berücksichtigung der beim jeweiligen Dienstherrn geltenden Wochenarbeitszeit an. Zwar beträgt diese bei der Mehrheit 40 Stunden, doch müssen die BeamtInnen im Bund sowie in Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein auch 2015 wöchentlich eine Stunde und in Hessen gar zwei Stunden länger Dienst leisten (in den Abbildungen 4 bis 6 jeweils gelb markiert). Ausgehend davon, dass auch bei den genannten fünf Dienstherrn die Arbeitszeitregelungen eine 40-Stunden-Woche vorsehen würden, hat dies eine der reduzierten Arbeitszeit entsprechende Verminderung der dort gezahlten Bezüge zur Folge. Diese Betrachtungsweise führt insbesondere in Hessen zu einer erheblichen Reduzierung der Jahresbruttobesoldung. Die dortigen BeamtInnen der **Besoldungsgruppe A5** erhielten – würden für sie ebenso wie für die meisten ihrer KollegInnen bei anderen Dienstherrn – eine 40-Stunden-Woche gelten, 1.366,41 Euro brutto im Jahr weniger erhalten, als sie derzeit bekommen. Damit läge Hessen bei der Besoldung seiner A5-Beamtenschaft lediglich vor Berlin. Bei den anderen vier Dienstherrn würde sich die Besoldung um bis zu 730 Euro brutto mindern.

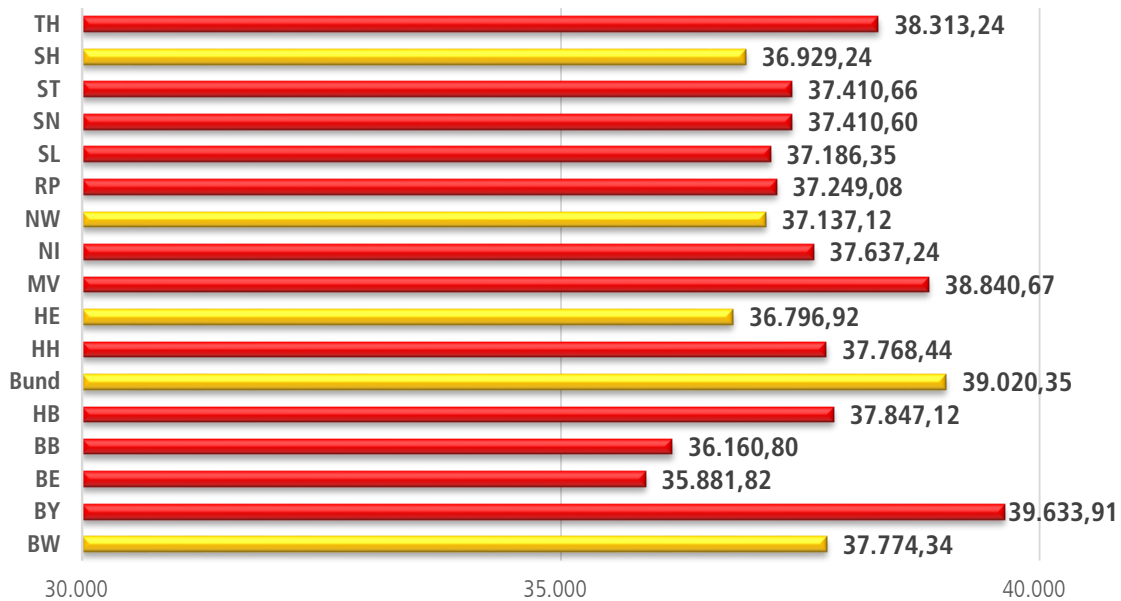
Abbildung 4: A5-Jahresbruttobesoldung 2015 bei Annahme einer 40h-Woche in Euro*



*Summe aus jährl. Grundgehalt Endstufe, allg. Stellenzulage/Strukturzulage, Sonderzahlung(en); eigene Berechnungen DGB BVV, Abt. OEB; Stand März '15.

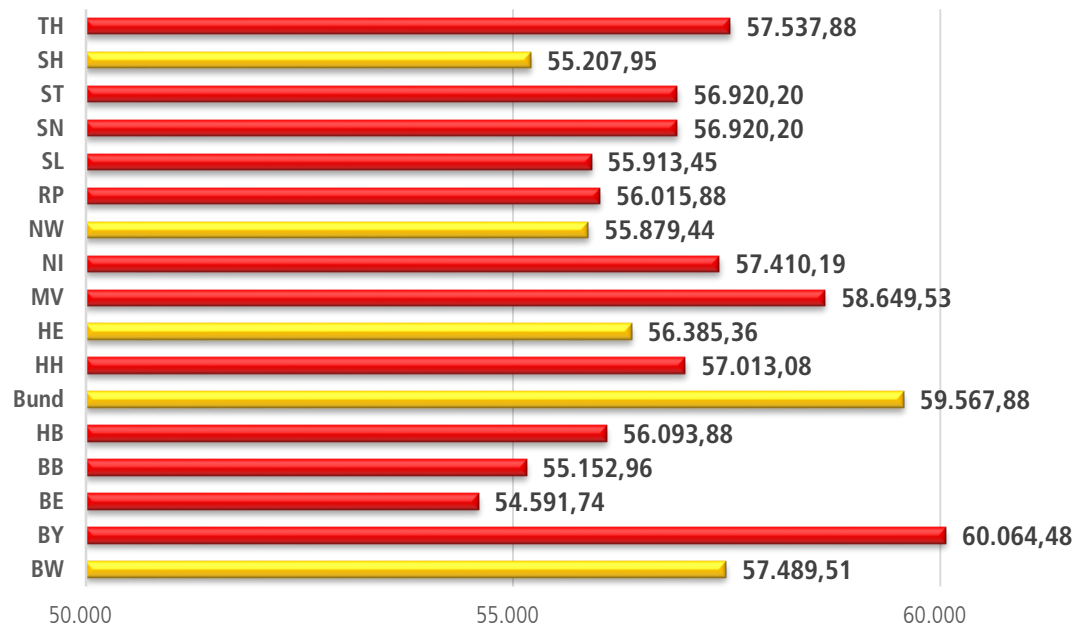
Ähnliche Entwicklungen ergeben sich bei den **Besoldungsgruppen A9 und A13**. Bei diesen lägen die jährlichen Einbußen zwischen rund 923 Euro brutto (A9 in Schleswig-Holstein) und rund 2.819 Euro brutto (A13 in Hessen).

Abbildung 5: A9-Jahresbruttobesoldung 2015 bei Annahme einer 40h-Woche in Euro*



*Summe aus jährl. Grundgehalt Endstufe, allg. Stellenzulage/Strukturzulage, Sonderzahlung(en); eigene Berechnungen DGB BVV, Abt. OEB; Stand März '15.

Abbildung 6: A13-Jahresbruttobesoldung 2015 bei Annahme einer 40h-Woche in Euro*



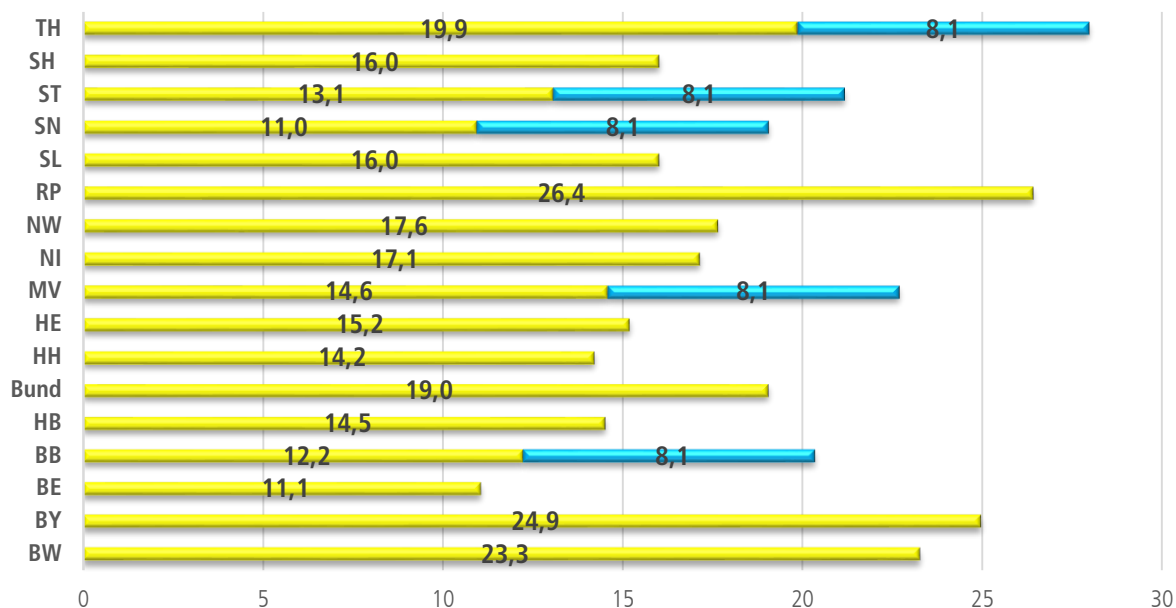
*Summe aus jährl. Grundgehalt Endstufe, allg. Stellenzulage/Strukturzulage, Sonderzahlung(en); eigene Berechnungen DGB BVV, Abt. OEB; März '15.

3. Die prozentuale Entwicklung der Jahresbruttobesoldung von 2008 bis 2015

Seit der Föderalismusreform I 2006 können die Landesgesetzgeber die Besoldung und Versorgung ihrer BeamtInnen, VersorgungsempfängerInnen und RichterInnen eigenständig regeln. Während bis zu diesem Zeitpunkt lediglich eine gemeinsame Besoldungsrunde für Bund, Länder und Kommunen stattfand, entscheiden nunmehr Bundes- und Landesgesetzgeber unabhängig voneinander über die Erhöhungen der Bezüge ihrer beamteten Beschäftigten. Der überwiegende Teil der Landesgesetzgeber hat erstmalig Anfang bzw. im Laufe des Jahres 2008 die Besoldung ihrer BeamtInnen angepasst. Lediglich Bayern, das bereits zum Oktober 2007 seine wiedergewonnene Kompetenz nutzte, und das Saarland, welches 2009 nachzog, wichen von dieser Zeitschiene ab. Die folgenden Grafiken verdeutlicht die Besoldungsentwicklungen der Besoldungsgruppen A5, A9 und A13 vom Zeitpunkt der ersten Anpassung im Jahr 2008 bis heute. Auffällig dabei ist die Entwicklung insbesondere in den fünf neuen Bundesländern. Berücksichtigt man jedoch die Tatsache, dass in diesen früher nach der sogenannten Ost-Tabelle besoldet wurde, erklärt sich das Bild. In Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen wurde ab 2008 schrittweise eine Angleichung an das Westniveau um insgesamt 8,1 Prozentpunkte vorgenommen. Hinzu kommt, dass viele Dienstherren bereits vor 2008 die Sonderzahlungen entweder gekürzt oder aber gar gestrichen haben. Aufgrund des hier aus besagten Gründen gewählten Zeitraums, kann dies den dargestellten Diagrammen nicht entnommen werden.

Die Bezüge der **Besoldungsgruppe A5** wurden – bei Zugrundelegung der bereinigten Zahlen – seit 2008 im Durchschnitt um 16,8 Prozent erhöht, wobei insbesondere Berlin mit 11,1 Prozent und Sachsen mit 11 Prozent nicht unerheblich hinter diesem Wert zurückliegen. Insgesamt ist die Besoldungsentwicklung bei 10 der 17 Dienstherren in benannten Zeitraum unterdurchschnittlich. Unter der Maßgabe, dass die Inflationsrate 2015 bei 1,5 Prozent liegt, ergibt sich zudem für die Zeitspanne von 2008 bis 2015 in der Summe eine Inflation von 12 Prozent. Demzufolge haben die A5-besoldeten BeamtInnen und VersorgungsempfängerInnen in Berlin und Sachsen in den letzten acht Jahren inflationsbereinigt Einkommenseinbußen hinnehmen müssen. Die Dienstherren Brandenburg und Sachsen-Anhalt liegen mit bereinigten 12,2 Prozent und 13,1 Prozent nur knapp über der Inflation in diesem Zeitraum.

Abbildung 7: prozentuale Entwicklung der A5-Jahresbruttobesoldung von 2008 bis 2015*

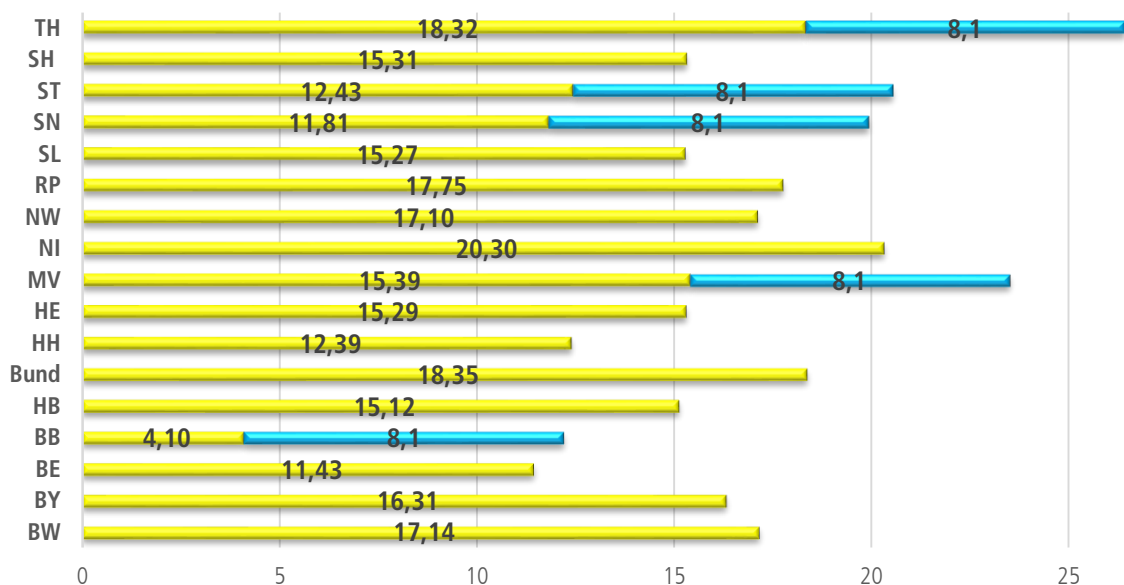


*Eigene Berechnungen DGB BVV, Abt. OEB, Stand März '15.

■ bereinigte prozentuale Entwicklung ■ Ost-West-Angleichung

Ähnlich verhält es sich bei der **Besoldungsgruppe A9**. Bei dieser wurden die Bezüge seit 2008 – ebenfalls bei Zugrundelegung der bereinigten Werte – im Durchschnitt um 14,9 Prozent erhöht. Während in der Besoldungsgruppe A5 noch 10 Dienstherren hinter dem dortigen Durchschnittswert von 16,8 Prozent zurückliegen, sind es bei der Besoldungsgruppe A9 mit Berlin, Brandenburg, Hamburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt fünf.

Abbildung 8: prozentuale Entwicklung der A9-Jahresbruttobesoldung von 2008 bis 2015*

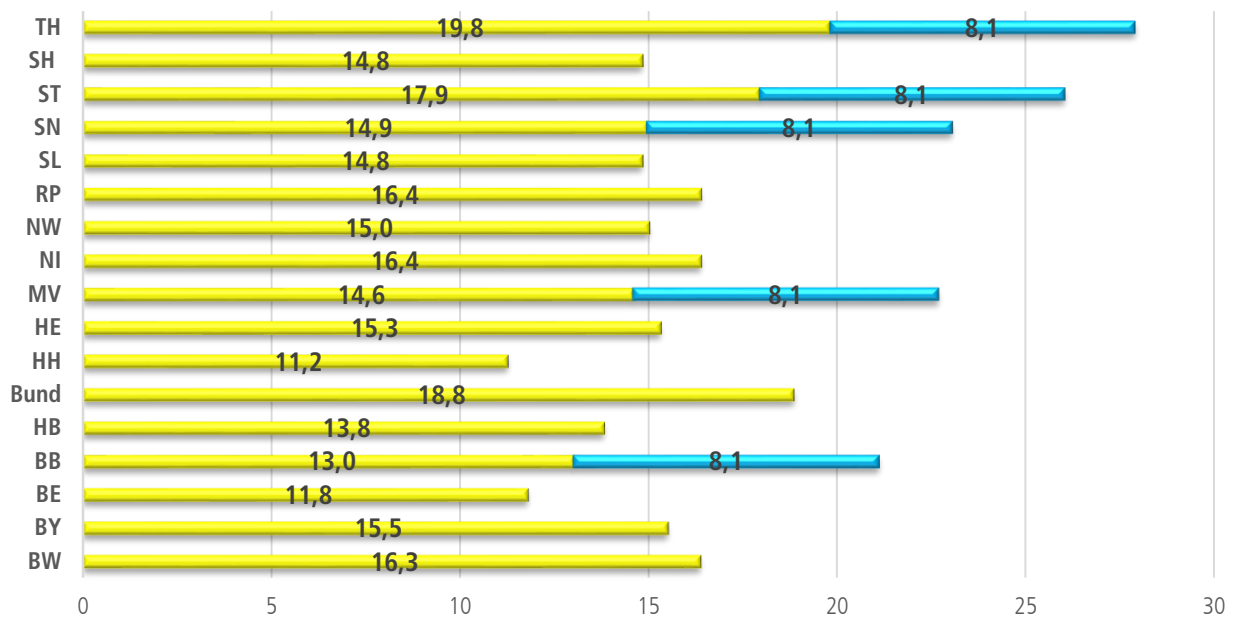


*Eigene Berechnungen DGB BVV, Abt. OEB, Stand März '15.

■ bereinigte prozentuale Entwicklung ■ Ost-West-Angleichung

Die Bezüge der **Besoldungsgruppe A13** sind bundesweit bei Berücksichtigung der bereinigten Zahlen im Zeitraum von 2008 bis heute um durchschnittlich 15,3 Prozent gestiegen. Mit Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, das Saarland, Sachsen und Schleswig-Holstein liegen jedoch neun Dienstherren unter dem Durchschnittswert. Einkommenseinbußen mussten die Beamtenschaft der Besoldungsgruppe A13 in Berlin sowie in Hamburg hinnehmen.

Abbildung 9: prozentuale Entwicklung der A13-Jahresbruttobesoldung von 2008 bis 2015*



*Eigene Berechnungen DGB BVV, Abt. OEB, Stand März '15.

■ bereinigte prozentuale Entwicklung ■ Ost-West-Angleichung

4. Vergleich der realen mit der fiktiven Monatsbruttobesoldung 2015

„Die Besoldung ist entsprechend der Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse und unter Berücksichtigung der mit den Dienstaufgaben verbundenen Verantwortung durch Gesetz regelmäßig anzupassen.“⁵ Diese Maßgabe ist nicht nur den Besoldungsgesetzen zu entnehmen, sondern Ausfluss des nach herrschender Meinung aus Art. 33 Absatz 5 Grundgesetz abzuleitenden Alimentationsprinzips. Auch aus diesem Grund sind die Tarifabschlüsse für die Tarifbeschäftigten des öffentlichen Dienstes, in denen die Einkommensentwicklung zum Ausdruck kommt, maßgebend für die Beamtenbesoldung. Diese Auffassung wurde unlängst vom Bundesverwaltungsgericht in Leipzig bestätigt. Dieses führte in seinem Urteil zum Beamtenstreikrecht in Bezug auf die Besoldung aus:

„Deren Entwicklung steht seit jeher in einem engen, durch den Alimentationsgrundsatz nach Art. 33 Abs. 5 GG vermittelten Zusammenhang mit der Entwicklung der Gehälter der Tarifbeschäftigten, d.h. mit den Tarifabschlüssen für den öffentlichen Dienst. Die nach Art. 33 Abs. 5 GG gebotene Amtsgemessenheit der Alimentation bemisst sich vor allem aufgrund eines Vergleichs mit den Nettoeinkommen der Tarifbeschäftigten des öffentlichen Dienstes. Vorrangig anhand dieses Maßstabs ist zu beurteilen, ob die Beamtenbesoldung verfassungswidrig von der allgemeinen Einkommensentwicklung abgekoppelt wird. Dies dürfte der Fall sein, wenn der Gesetzgeber die Besoldungsentwicklung an Parameter knüpft, die die Tarifabschlüsse für den öffentlichen Dienst nicht mehr in den Blick nehmen.“

BVerwG, Urteil vom 27.2.2014, AZ. 2 C 1.13

Die Besoldungsgesetzgeber sind somit verfassungsrechtlich gehalten, die Beamtenbesoldung an die Tarifentwicklung anzupassen. Doch seitdem den Bundesländern unter anderem die Gesetzgebungskompetenz für die Besoldung ihrer Beamtenschaft übertragen wurde, bleibt dieser Auftrag zunehmend unerfüllt. Mit Blick auf die beiden Besoldungsrunden für die Landes- und KommunalbeamtInnen 2011 und 2013 lässt sich konstatieren: Ein Großteil der Landesgesetzgeber nutzt die einseitige Regelungskompetenz, um den beamteten Beschäftigten – vor allem angesichts der zum Teil diffizilen Haushaltslagen – wiederholt Sonderopfer abzuverlangen. Der Verfassungsgerichtshof des Landes Nordrhein-Westfalen hat der dortigen Besoldungspolitik 2014 jedoch die Grenzen aufgezeigt.⁶ Der Gesetzgeber des bevölkerungsreichsten Bundeslandes hatte für 2013 und 2014 eine nach

⁵ Vgl. u. a. § 16 Absatz 1 Bundesbesoldungsgesetz.

⁶ Verfassungsgerichtshof Nordrhein-Westfalen. Urteil vom 1. Juli 2014 - VerfGH 21/13.

Besoldungsgruppen gestaffelte Anpassung der Bezüge vorgesehen, wobei die BeamtInnen ab den Besoldungsgruppen A11 in den beiden Jahren jeweils lediglich 1 Prozent mehr bekommen und ab A13 keine Erhöhungen erfolgen sollten. Dieses Vorgehen führte laut Verfassungsgerichtshof Nordrhein-Westfalen zu einer Ungleichbehandlung von Angehörigen bis Besoldungsgruppe A10 und den übrigen Besoldungsgruppen, ohne dass dafür ein sachlicher Grund gegeben sei. Weder eine schwierige Haushaltslage noch die Schuldenbremse könne eine derartige Differenzierung hinreichend begründen.

Der bislang gelebte Grundsatz „Besoldung folgt Tarif“ wurde seitens der Mehrheit der Gesetzgeber offensichtlich aufgekündigt. Die Folgen dieses Handelns sind bereits jetzt eindeutig erkennbar: Besoldungsanpassungen bleiben teils gravierend hinter den Tarifentwicklungen zurück und der verfassungsrechtliche Auftrag unerfüllt.

Die folgenden Grafiken verdeutlichen diese Entwicklung. Ein Vergleich der Monatsbruttobesoldungen 2015 mit der Monatsbruttobesoldung, die bei steter Berücksichtigung des Grundsatzes „Besoldung folgt Tarif“ seit 2008⁷ heute gezahlt würde (Jahresbruttobesoldung 2015 fiktiv), macht die beschriebene Abkopplung sichtbar. Den jeweiligen Berechnungen der Monatsbruttobesoldung 2015 fiktiv liegt der in der Besoldungstabelle A (West) festgesetzte Grundgehaltssatz in der Endstufe – Stand 2006 – sowie der jeweilige Betrag der damals gezahlten allgemeinen Stellenzulage zugrunde. Um die Diskrepanzen hinsichtlich der realen und der fiktiven prozentualen Erhöhungen deutlich zu machen, beinhalten die dargestellten Monatsbruttobesoldungen weder Einmal- noch Sonderzahlungen.⁸ Zudem wurden zwecks Vergleichbarkeit die errechneten Beträge auf eine 40-Stunden-Woche⁹ umgerechnet.

Der Grundgehaltssatz der **Besoldungsgruppe A5** betrug 2006 monatlich 1.907,12 Euro brutto und die allgemeine Stellenzulage 16,38 Euro brutto. Wären diese beiden Beträge entsprechend der Tarifeinigungen (TVöD, TV-L sowie TV-H) prozentual erhöht worden, ergäbe sich für die der TdL angehörenden Bundesländer eine Monatsbruttobesoldung von 2.318,56 Euro, beim Bund erhielten die BeamtInnen 2.424,85 Euro und in Hessen 2.268,31 Euro. In Berlin, welches 2013 wieder der TdL beitrug, beträgt der Bemessungssatz im Jahr 2015 98,5 Prozent der geltenden TV-L-Entgelttabelle. Folglich reduziert sich die fiktive Monatsbruttobesoldung beim Dienstherrn Berlin um 1,5 Prozentpunkte auf 2.283,87 Euro brutto. Damit bekommen die Berliner BeamtInnen

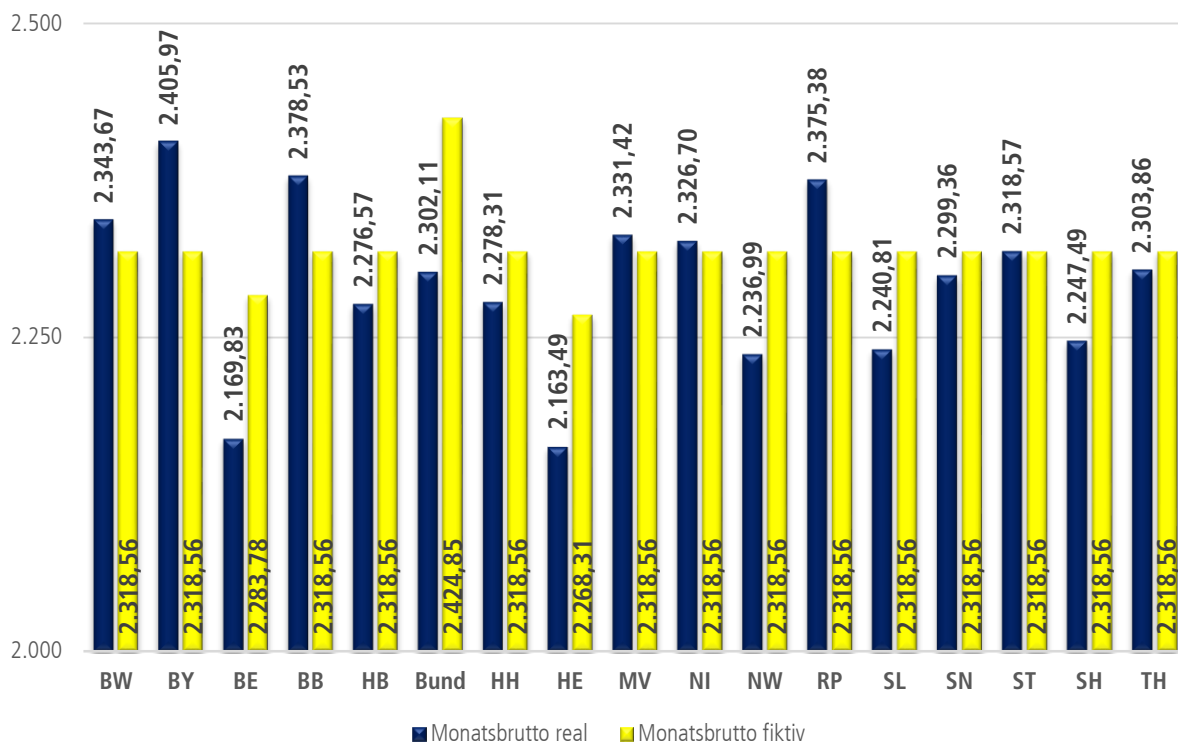
⁷ Begründung für Wahl dieses Zeitpunkts vgl. S. 16.

⁸ Sofern die Sonderzahlung in das Grundgehalt integriert wurde, wurde der entsprechende Betrag herausgerechnet.

⁹ vgl. S. 14.

mit 2.169,83 Euro brutto immer noch rund 5,25 Prozent weniger als sie bei Übertragung der zwischen TdL und Gewerkschaften ausgehandelten prozentualen Erhöhungen erhalten würden. In Hessen liegt die Diskrepanz bei 4,84 Prozent und selbst der Bund liegt derzeit rund 5,33 Prozent hinter dem errechneten fiktiven Betrag.

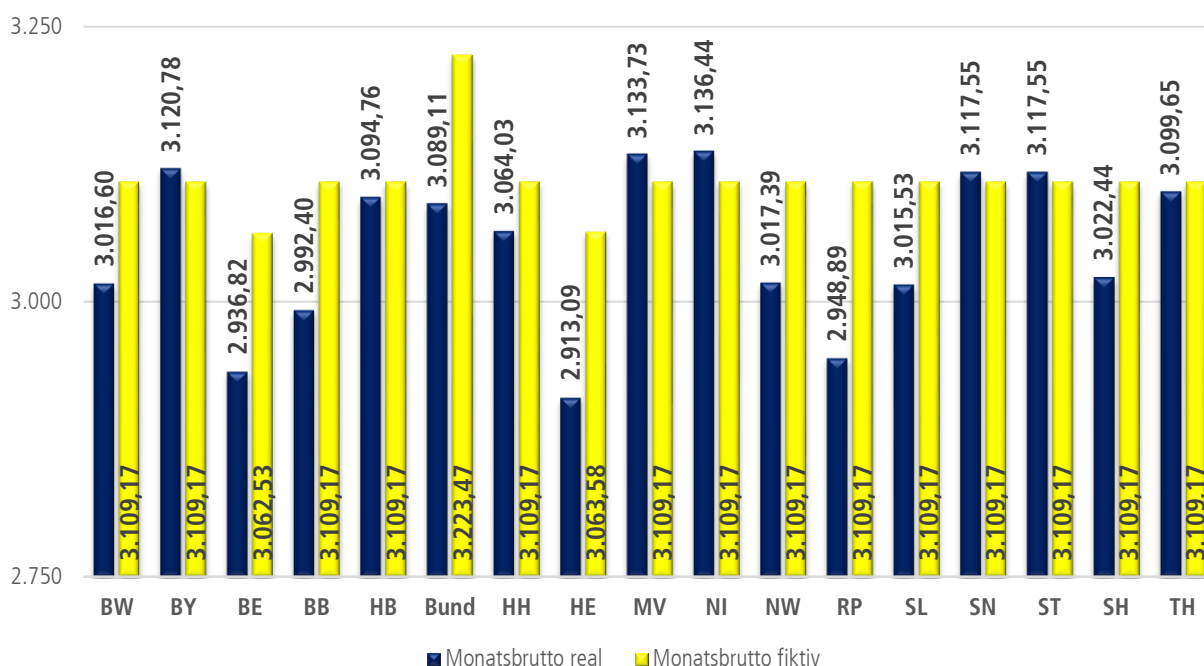
Abbildung 10: Vergleich der realen mit der fiktiven A5-Monatsbruttobesoldung 2015 bei Annahme einer 40-Stunden-Woche in Euro (ohne Einmal- und Sonderzahlungen)*



*Summe aus jährl. Grundgehalt Endstufe und der. allg. Stellenzulage/Strukturzulage; eigene Berechnungen DGB BVV, Abt. OEB, Stand März '15.

Eine ähnliche Entwicklung lässt sich bei der **Besoldungsgruppe A9** ablesen. Ausgehend von einem monatlichen Grundgehalt von 2.533,80 Euro brutto und einer allgemeinen Stellenzulage von 64,08 Euro brutto in 2008, läge die Monatsbruttobesoldung 2015 fiktiv bei 3.109,17 (TV-L), 3.062,53 Euro (Berlin), 3.223,47 Euro (TVöD) sowie 3.063,58 Euro (TV-H). Mit 5,44 Prozent und 5,17 Prozent fällt die Abweichung in Rheinland-Pfalz und Hessen am größten aus. Gefolgt vom Bund mit 4,35 Prozent und Berlin mit 4,28 Prozent. Auffällig ist, dass bei diesen beiden Dienstherren die Diskrepanz zur fiktiven Monatsbruttobesoldung im Vergleich zur Besoldungsgruppe A5 abnimmt, während sie in Hessen und Rheinland-Pfalz größer wird.

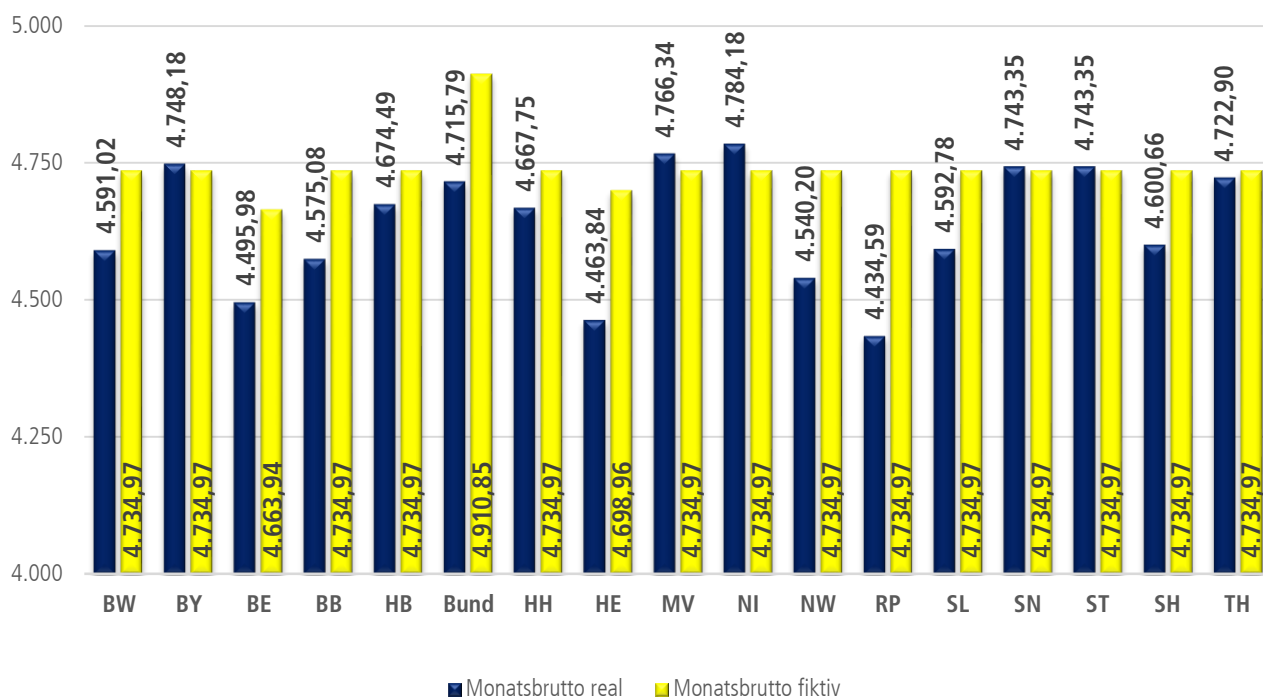
Abbildung 11: Vergleich der realen mit der fiktiven A9-Monatsbruttobesoldung 2015 bei Annahme einer 40-Stunden-Woche in Euro (ohne Einmal- und Sonderzahlungen)*



*Summe aus jährl. Grundgehalt Endstufe und der. allg. Stellenzulage/Strukturzulage; eigene Berechnungen DGB BVV, Abt. OEB, Stand März '15.

Der Eindruck der stetigen Abkopplung der Besoldungs- von der Tarifentwicklung wird des Weiteren bei einer näheren Betrachtung eines Vergleichs bei der **Besoldungsgruppe A13** bestätigt. Ein(e) mit A13 besoldete(r) BeamtIn erhielt 2006 monatlich ein Grundgehalt von 3.920,58 Euro brutto sowie eine allgemeine Stellenzulage in Höhe von 64,08 Euro brutto. Dies ergäbe für 2015 eine fiktive Monatsbruttobesoldung von 4.734,97 Euro (TV-L), 4.663,94 Euro (Berlin), 4.910,85 Euro (TVöD) beziehungsweise 4.698,96 Euro (TV-H). Die Abweichung des fiktiven vom realen Monatsbruttobetrag fällt mit rund 6,77 Prozent in Rheinland-Pfalz und 5,27 Prozent in Hessen im Vergleich zu den übrigen 17 Dienstherren wieder am größten aus. Daran schließen sich Nordrhein-Westfalen (4,29 Prozent), der Bund (4,14 Prozent) und Berlin (3,74 Prozent) an. Beachtenswert ist auch bei der Besoldungsgruppe A13, dass der Prozentsatz, um den das fiktive das reale Monatsbruttogehalt übersteigt, im Vergleich zu den Besoldungsgruppen A5 und A9 in Baden-Württemberg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz größer und bei den A13-BeamtInnen des Bundes und des Landes Berlin kleiner ausfällt.

Abbildung 12: Vergleich der realen mit der fiktiven A13-Monatsbruttobesoldung 2015 bei Annahme einer 40-Stunden-Woche in Euro (ohne Einmal- und Sonderzahlungen)*

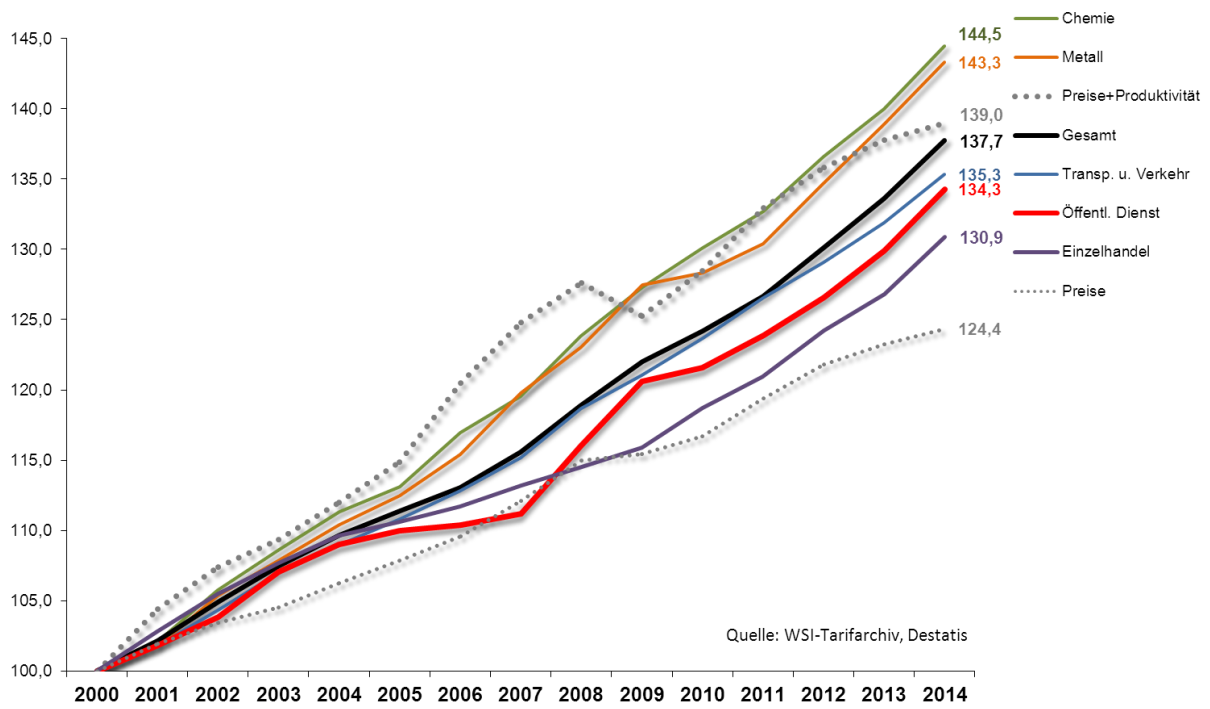


*Summe aus jährl. Grundgehalt Endstufe und der allg. Stellenzulage/Strukturzulage; eigene Berechnungen DGB BVV, Abt. OEB, Stand März '15.

Anhang

Tarifentwicklung 2000 bis 2014 in ausgewählten Branchen

2000 = 100



Tarif- und Besoldungsrunde Länder und Kommunen 2011/2012

Tarifergebnis:

- Laufzeit von 24 Monaten bis zum 31. Dezember 2012
- Entgelterhöhung in 2 Stufen:
 - 1. April 2011: + 1,5 Prozent
 - 1. Januar 2012: + 1,9 Prozent, anschließend + 17 Euro
- 360 Euro Einmalzahlung
- Auszubildende und Praktikanten:
 - 1. April 2011: + 1,5 Prozent
 - 1. Januar 2012: + 1,9 Prozent, anschließend + 6 Euro
 - 120 Euro Einmalzahlung

Baden-Württemberg

Der baden-württembergische Landtag beschloss am 1. März 2011 das Gesetz über die Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge 2011. Somit erhöhten sich für die BeamtInnen, RichterInnen, Auszubildenden im öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis sowie die VersorgungsempfängerInnen des Landes und der Kommunen mit dem 1. April 2011 die Bezüge um 2 Prozent.

Im dann vom neuen Landtag verabschiedeten Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2012 wurde die bereits erfolgte 2-prozentige Erhöhung dergestalt berücksichtigt, dass die Einmalzahlung in Höhe von 360 Euro entsprechend vermindert wurde (ab A5: 280 Euro; ab A16: 100 Euro). Zum 1. März 2012 stiegen die Bezüge bis einschließlich Besoldungsgruppe A10 und ab Besoldungsgruppe A11 zum 1. August 2012 um 1,2 Prozent und anschließend um einen Sockelbetrag in Höhe von 17 Euro.

Bayern

2011 gab es eine Nullrunde. 2012 stiegen die Bezüge zum 1. Januar um 1,9 Prozent sowie 17 Euro und zum 1. November um weitere 1,5 Prozent.

Brandenburg

Das Mitte Oktober 2011 verkündete brandenburgische Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2011/2012 (GVBl. 2011, Nr. 23) normierte eine 1:1 Übertragung des Tarifergebnisses auf die Landes- und KommunalbeamtInnen.

Bremen

Das Gesetz zur Anpassung der Besoldungs- und Beamtenversorgungsbezüge 2011/2012 in der Freien Hansestadt Bremen (BremBBVanpG 2011/2012) vom 12. April 2011 (Brem.GBl. Nr. 22, S. 287) sah vor:

- Bis einschließlich Besoldungsgruppe A8 wurden die Dienstbezüge zum 1. April 2011 um 1,5 Prozent erhöht. Zudem gab es eine Einmalzahlung in Höhe von 360 Euro. Zum 1. April 2012 erfolgte eine weitere Erhöhung der Dienstbezüge um 1,9 Prozent sowie eine Erhöhung der Grundgehaltssätze um 17 Euro.
- Von Besoldungsgruppe A9 bis A11 wurden die Bezüge zum 1. April 2011 um 1,5 Prozent erhöht und zum 1. April 2012 um weitere 1,9 Prozent. Zudem erfolgte eine Erhöhung der Grundgehaltssätze um 17 Euro.
- Die Bezüge der Besoldungsgruppen ab A12 sowie der Besoldungsgruppen B, C, R und W wurden zum 1. Oktober 2011 um 1,5 Prozent erhöht. Ab dem 1. Oktober 2012 erfolgte eine weitere Erhöhung um 1,9 Prozent sowie eine Erhöhung der Grundgehaltssätze um 17 Euro.
- Diese sozial gestaffelte Anpassung der Dienstbezüge sowie die Einmalzahlung bis einschließlich Besoldungsgruppe A8 wurde zeit- und wirkungsgleich für VersorgungsempfängerInnen übertragen.
- Die Auszubildenden bekamen ab dem 1. April 2011 eine Erhöhung von 1,5 Prozent plus eine Einmalzahlung in Höhe von 120 Euro. Ab dem 1. April 2012 stieg das Gehalt um weitere 1,9 Prozent. Zudem wurde dieses um einen des Sockelbetrags von 6 Euro erhöht.

Hamburg

Das am 11. November 2011 verkündete Gesetz über die jährliche Sonderzahlung und die Besoldungs- und Versorgungsanpassung 2011/2012 (GVBl. S. 454) sah vor:

- Rückwirkend zum 1. April 2011 wurden die Dienstbezüge um 1,5 Prozent erhöht.
- Die Sonderzahlung, auszuzahlen im Dezember 2011, wurde für alle auf 1.000 Euro gekürzt (VersorgungsempfängerInnen bis A12 erhalten 500 Euro)
- Erhöhung des Sonderbetrages für Kinder um 25,56 Euro auf 300 Euro
- Anhebung des Urlaubsgeldes von A4 bis A8 um 67,66 Euro auf 400 Euro im Jahr 2012

und sodann

- tabellenwirksame Verrechnung der Sonderzahlungen für 2012 in die monatlichen Bezüge (A4 - A8: 116 Euro, sonst 84,34 Euro). Auf dieser Basis wurden die Dienstbezüge anschließend zum 1. Januar 2012 um 1,9 Prozent angehoben.

Mecklenburg-Vorpommern

Das Gesetz über die Anpassung von Dienst-, Anwärter-, Amts- und Versorgungsbezügen des Landes Mecklenburg-Vorpommern 2011/2012 sowie zur Änderung weiterer besoldungs- und versorgungsrechtlicher Vorschriften vom 16. Dezember 2011, welches abgesehen von der Einmalzahlung für VersorgungsempfängerInnen eine 1:1 Übertragung des Tarifergebnissen auf den Beamtenbereich vorsieht, wurde am 30. Dezember 2011 verkündet (GVBl. S. 1077).

Niedersachsen

Das Niedersächsische Gesetz über die Anpassung der Besoldung und der Versorgungsbezüge in den Jahren 2011 und 2012 vom 26. Mai 2011 (GVBl. S. 141) normierte die 1:1 Übertragung.

Nordrhein-Westfalen

Das nordrhein-westfälische Gesetz über die Anpassung der Besoldungs- und Versorgungsbezüge in den Jahren 2011 und 2012 vom 5. April 2011 (BesVersAnpG 2011/2012; GV. NRW 2011 S.202) normierte die 1:1 Übertragung des Tarifiergebnisses auf die BeamtInnen, VersorgungsempfängerInnen und RichterInnen.

Rheinland-Pfalz

Das Landesgesetz zur Anpassung der Besoldung und Versorgung 2011 wurde am 31. August 2011 verkündet (GVBl. S. 303). Es sah für das Jahr 2011 eine Erhöhung um 1,5 Prozent rückwirkend zum 1. April 2011 sowie eine Einmalzahlung in Höhe von 360 Euro vor. Zudem wurde am 30. Dezember 2011 das Erste Dienstrechtsänderungsgesetz zur Verbesserung der Haushaltsfinanzierung vom 20. Dezember 2011 verkündet (GVBl. S. 430). Es sieht für die Jahre 2012 bis 2016 eine jährliche Erhöhung der Besoldungs- und Versorgungsbezüge in Höhe von 1 Prozent sowie eine Umstrukturierung des Familienzuschlags vor. 2012 wurden die Grundgehaltssätze der Besoldungsgruppe A2 bis A8 zusätzlich um einen Betrag von 17 Euro sowie die Anwärtergrundbeträge bei einem Eingangsamt in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 8 um einen Betrag von 6 Euro erhöht.

Saarland

2011 erhielten die BeamtInnen, RichterInnen und VersorgungsempfängerInnen Einmalzahlung in Höhe von 360 Euro. Zudem stiegen die Bezüge zum 1. Juli 2012 um 1,9 Prozent.

Sachsen

Das 7. Gesetz zur Änderung des Sächsischen Besoldungsgesetzes (7. ÄndG zum SächsBesG; GVBl S. 170) sah eine 1:1 Übertragung vor.

Sachsen-Anhalt

Das Landesbesoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2011/2012 (LBVAnpG 2011/2012), welches die zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des Tarifiergebnisses vorsah, wurde am 6. Oktober 2011 verkündet (GVBl. S. 680).

Schleswig-Holstein

Das Tarifiergebnis wurde zeit- und wirkungsgleich übertragen, wobei die Erhöhung zum 1. Januar 2012 zum Zwecke des Aufbaus der Versorgungsrücklage um 0,2 Prozentpunkte geringer ausfiel.

Thüringen

Das im September 2011 verkündete Gesetz zur Anpassung der Besoldung und der Versorgung in den Jahren 2011 und 2012 sowie zur Änderung besoldungs- und versorgungsrechtlicher Vorschriften sah eine Besoldungserhöhung um 1,5 Prozent zum 1. Oktober 2011 sowie um 1,9 Prozent zum 1. April 2012 zzgl. 17 Euro vor (GVBl. S. 235).

Berlin

Das Land war bis Ende 2012 nicht Mitglied der TdL. Die Bezüge wurden zum 1. August 2012 um 2 Prozent erhöht.

Hessen

Am 6. Oktober 2011 wurde das Hessische Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2011/2012 verkündet (GVBl. S. 530). Es sieht eine Erhöhung um 1,5 Prozent ab dem 1. Oktober 2011 sowie um 2,6 Prozent ab dem 1. Oktober 2012 vor. Die Sonderzahlung für die VersorgungsempfängerInnen wurde mit Wirkung zum 1. Oktober 2012 um 1,51 Prozentpunkte verringert. Die Besoldungsgruppen A3 bis A11 erhalten 2011 eine Einmalzahlung in Höhe von 360 Euro.

Tarif- und Besoldungsrunde Bund 2012/2013

Die Tarifvertragsparteien im öffentlichen Dienst einigten sich am 31. März 2012 darauf, die Gehälter der Tarifbeschäftigten des Bundes und der Kommunen in drei Stufen um insgesamt 6,3 Prozent zu erhöhen. Die Laufzeit betrug 24 Monate und die Vereinbarung wurde zum 1. März 2012 wirksam.

- 1. März 2012: + 3,5 Prozent,
- 1. Januar 2013: + 1,4 Prozent
- 1. August 2013: + 1,4 Prozent

Die Bezüge der BeamtInnen, VersorgungsempfängerInnen und RichterInnen wurden ebenfalls in drei Schritten um insgesamt 5,7 Prozent angehoben. Die im Vergleich zum Tarifergebnis bestehende Differenz von 0,6 Prozent floss in die Versorgungsrücklage.

Tarif- und Besoldungsrunde Länder und Kommunen 2013/2014

Tarifergebnis:

- Laufzeit von 24 Monaten bis zum 31. Dezember 2014
- lineare Entgelterhöhung in 2 Stufen: 1. Januar 2013: + 2,65 Prozent
1. Januar 2014: + 2,95 Prozent
- 30 Tage Erholungsurlaub
- Auszubildende: erhalten eine Entgelterhöhung in 2 Stufen: 1. Januar 2013: + 50 Euro
1. Januar 2014: + 2,95 Prozent
27 Tage Erholungsurlaub

Baden-Württemberg

Die Bezüge der BeamtInnen, VersorgungsempfängerInnen und RichterInnen wurden bis einschließlich Besoldungsgruppe A9 um 2,45 Prozent zum 1. Juli 2013 erhöht. Bis einschließlich A11 wurde die Erhöhung zum 1. Oktober 2013 und für die übrigen Besoldungsgruppen zum 1. Januar 2014 vorgenommen. Der zweite Anhebungsschritt erfolgt wieder gestaffelt. Bis einschließlich A9 werden die Bezüge um 2,75 Prozent zum 1. Juli 2014, bis einschließlich A11 zum 1. Oktober 2014 und die für die übrigen Besoldungsgruppen zum 1. Januar 2015 steigen. In die Versorgungsrücklage wurden jeweils 0,2 Prozent abgeführt. Allen BeamtInnen steht ein Anspruch auf 30 Tage und allen AnwärterInnen auf 27 Tage Erholungsurlaub zu.

Bayern

Der Tarifabschluss wurde zeit- und wirkungsgleich auf die bayerischen BeamtInnen, VersorgungsempfängerInnen und RichterInnen übertragen. Zudem erhielten alle BeamtInnen 30 Tage Urlaub pro Jahr.

Berlin

Das Land ist seit 2013 wieder Mitglied der TdL. Das Tarifergebnis wurde jedoch nicht auf die BeamtInnen, VersorgungsempfängerInnen und RichterInnen übertragen. Man versuche bis 2017 den Anschluss an Brandenburg herzustellen indem die Bezüge ab 1. August 2013 um 2 Prozent, 2014 um 3 Prozent und 2015 um 3,2 Prozent (abzgl. 0,2 Prozentpunkte zu Gunsten der Versorgungsrücklage) steigen. Außerdem sollen ab August 2016 die zukünftigen Besoldungsanpassungen mindestens 0,5 Prozentpunkte über dem entsprechenden Durchschnittswert der Anpassungen aller anderen Bundesländer liegen.

Brandenburg

Die Bezüge wurden zum 1. Juli 2013 um 2,65 Prozent und zum 1. Juli 2014 um 2 Prozent angehoben. Allerdings vermindert um jeweils 0,2 Prozentpunkte für die Versorgungsrücklage. Zudem wurde 2013 das Weihnachtsgeld in Höhe von 250 Euro wieder eingeführt. Der Betrag wurde in die Besoldungstabelle eingebaut.

Bremen

Bei den BeamtInnen und VersorgungsempfängerInnen bis einschließlich A10 stiegen die Bezüge zum 1. Juli 2013 um 2,65 Prozent und zum 1. Juli 2014 um 2,95 Prozent. Bei den Besoldungsgruppen A11 und A12 betrug die Erhöhung zum 1. Juli ein Prozent. Zudem beschloss die Bürgerschaft in Folge des Wegfalls der Praxisgebühr die Absenkung des Eigenbeitrags von 150 Euro auf 100 Euro.

Hamburg

Die Bezüge wurden (rückwirkend) zum 1. Januar 2013 um 2,65 Prozent und zum 1. Januar 2014 um weitere 2,95 Prozent erhöht, wobei jeweils 0,2 Prozent in die Versorgungsrücklage flossen. Zudem erhielten alle Beamten 30 Tage Erholungsurlaub.

Mecklenburg-Vorpommern

Zum 1. Juli 2013 erhielten alle Besoldungsgruppen 2 Prozent sowie einen Sockelbetrag in Höhe von 25 Euro. Um jeweils 2 weitere Prozent wurden/werden die Bezüge zum 1. Januar 2014 sowie 2015 angehoben. AnwärterInnen erhielten ebenfalls 2 Prozent in 2014 und 2015 sowie 50 Euro in 2013.

Niedersachsen

Der Gesetzentwurf zur Anpassung der Besoldung und Versorgung 2013 (Drs. 17/75) wurde vom Landtag beschlossen. Er sah die Anhebung der Besoldung und Versorgung rückwirkend zum 1. Januar 2013 um 2,65 Prozent vor. Zum 1. Juni 2014 wurden die Bezüge um 2,95 Prozent erhöht. Allen BeamtInnen steht ein Anspruch auf 30 Tage Erholungsurlaub und den AnwärterInnen auf 27 Tage zu.

Nordrhein-Westfalen

Das ursprüngliche Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz wurde vom Verfassungsgericht des Landes für verfassungswidrig erklärt. Das Gesetz sah eine Staffelung dergestalt vor, dass das Tarifergebnis 1:1 bis einschl. Besoldungsgruppe A10 übernommen wurde. Die Besoldungsgruppen A11 sowie A12 sollten 2013 und 2014 eine jährliche Erhöhung von 1 Prozent erhalten. Die übrigen BeamtInnen sollten eine Nullrunde hinnehmen. Nach der Entscheidung des Verfassungsgerichts beschloss die Landesregierung, das Tarifergebnis um 5 Monate verzögert auf die Besoldungsgruppen A11 und A12 und um 9 Monate verzögert auf die übrigen Besoldungsgruppen zu übertragen.

Rheinland-Pfalz

Die Landesregierung hält an der jährlichen Erhöhung um 1 Prozent bis 2016 fest.

Saarland

Zum 1. September 2013 wurde eine Bezügeerhöhung um 2,5 Prozent – wobei 0,2 Prozentpunkte in die Versorgungsrücklage flossen – vorgenommen, die für die Besoldungsgruppen bis einschließlich A9 um 4 Monate (damit Erhöhung zum 1. Mai 2013) und für die Besoldungsgruppen ab A10 bis A13 um 2 Monate vorgezogen wurde.

Zum 1. September 2014 wurde eine Besoldungserhöhung um 2 Prozent – auch hier vermindert um 0,2 Prozentpunkte – umgesetzt, die ebenfalls zeitlich vorgezogen wird. Zudem steht allen BeamtInnen ein Anspruch auf 30 Tage und AnwärterInnen auf 27 Tage Erholungsurlaub zu.

Sachsen

Das Tarifergebnis wurde 1:1 bis A9 zum 1. März 2013 sowie zum 1. April 2014 übernommen. Ab A10 erfolgte die Anpassung zum 1. September 2013 und zum 1. April 2014. Die Anwärterbezüge wurde um 50 Euro zum 1. März 2013 und um 2,95 Prozent zum 1. April 2014 erhöht. Zum 1. Januar 2015 kamen noch mal 25 Euro dazu (Drs. 5/12230).

Sachsen-Anhalt

Das Tarifergebnis wurde zeitlich verzögerte übertragen. Die Bezüge stiegen zum 1. Juli 2013 um 2,65 Prozent und zum 1. Juli 2014 um 2,95 Prozent.

Schleswig-Holstein

Die Bezüge wurden zum 1. Juli 2013 um 2,45 Prozent und zum 1. Oktober 2014 um 2,75 Prozent angehoben. Die Zulagen für VollzugsbeamtInnen in Feuerwehr, Polizei und Strafvollzug wurden um 20 Euro erhöht. Der Selbstbehalt bei der Beihilfe wurde um 40 Euro als Gegenleistung zur Abschaffung der Praxisgebühr abgesenkt. Für die Besoldungsgruppen A2 bis A11 gab es zum 1. Mai 2013 eine Einmalzahlung in Höhe von 360 Euro und zum 1. Juli 2014 in Höhe von 450 Euro.

Thüringen

Das Kabinett beschloss die zeitlich verzögerte Übertragung des Tarifergebnisses. Der erste Schritt der Anhebung erfolgte zum 1. Oktober 2013 mit – nach Abzug von 0,2 Prozentpunkten für die Versorgungsrücklage – 2,45 Prozent und der zweite Schritt folgt zum 1. August 2014 mit – ebenfalls nach Abzug von 0,2 Prozent – 2,75 Prozent.

Hessen

Das Land ist nicht Mitglied der TdL. Die Regierungsfractionen brachten einen Entwurf für ein "Gesetz über die Anpassung der Besoldung und Versorgung in Hessen 2013/2014 und zur Änderung besoldungsrechtlicher Vorschriften" in den Landtag ein (Drs. 18/7364), der so auch verabschiedet wurde. Zum 1. Juli 2013 wurden die Bezüge um 2,8 Prozent und zum 1. April 2014 um weitere 2,8 Prozent erhöht, wobei jeweils 0,2 Prozentpunkte in die Versorgungsrücklage floßen. Die für die Tarifbeschäftigten des Landes vereinbarten Einmalzahlungen erhalten die BeamtInnen nicht.

Tarif- und Besoldungsrunde Bund 2014/2015

Die Tarifvertragsparteien im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen einigten sich am 1. April 2014 darauf, die Gehälter der Tarifbeschäftigten in zwei Stufen zu erhöhen.

- Laufzeit: 24 Monate
- 1. März 2014: +3 Prozent, mindestens 90 Euro
- 1. März 2015: +2,4 Prozent
- 30 Tage Erholungsurlaub für alle Tarifbeschäftigten

Das Tarifergebnis wurde auf die BeamtInnen, VersorgungsempfängerInnen und RichterInnen übertragen, wobei jeweils 0,2 Prozentpunkte in die Versorgungsrücklage flossen.

Tarif- und Besoldungsrunde Länder und Kommunen 2015/2016

Tarifergebnis:

- Laufzeit: 24 Monaten
- lineare Entgelterhöhung in 2 Stufen: 1. März 2015: +2,1 Prozent
1. März 2016: +2,3 Prozent, mindestens 75 Euro
- Auszubildende: 2015 und 2016 Anhebung der Vergütung um jeweils 30 Euro
28 Tage Erholungsurlaub

Stand der Besoldungsrunden am 9. April 2015

Baden-Württemberg

Ankündigung einer zeitverzögerte Übertragung des Tarifergebnisses.

Bayern

Es liegt ein Gesetzentwurf, der die zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses umsetzt, vor.

Berlin

Die Bezüge werden um 3 Prozent zum 1. August und 3,2 Prozent (abzgl. 0,2 Prozentpunkten für die Versorgungsrücklage) zum 1. August 2016 angehoben.

Hamburg

Das Tarifergebnis wird zeit- und wirkungsgleich (abzgl. 0,2 Prozentpunkten für die Versorgungsrücklage) auf die Beamtenschaft übertragen.

Hessen

Das Land bleibt bei der angekündigten Nullrunde.

Mecklenburg-Vorpommern

Die Bezüge wurden zum 1. Januar 2015 um 2 Prozent angehoben.

Niedersachsen

Die Bezüge werden zum 1. Juni 2015 um 2,5 Prozent angehoben.

Rheinland-Pfalz

Das Land hat die zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses angekündigt.

Sachsen

Das Land hat die zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses angekündigt.

Sachsen-Anhalt

Die Übertragung des Ergebnisses zum 1. Juni 2015 wurde angekündigt

Grundbeträge des Familienzuschlags 2015

Die im Besoldungsreport 2015 dargestellten Bezüge sollen die bundesweit gezahlten **Mindestbeträge** darstellen, die ein(e) in Vollzeit tätige(r) BeamtIn im Jahr 2015 bei den einzelnen 17 Dienstherren erhält. Aus diesem Grund wurde der Familienzuschlag – da dieser nicht alle BeamtInnen zusteht – bei den Berechnungen nicht berücksichtigt. Da das Bundesverfassungsgericht bei der Frage nach der Angemessenheit der Besoldung den Familienzuschlag mit einbezieht, soll dieser hier zumindest betragsmäßig aufgezeigt werden.¹⁰

Dienstherr	ehebezogener Teil (in Euro)	Kind 1 (in Euro)	Kind 2 (in Euro)
BW	131,54	115,01	115,01
BY	bis A8 117,70 ab A9 123,58	bis A8 223,38 ab A9 229,26	105,68
BE	<u>bis 31.7.2015</u> bis A8 111,21 ab A9 116,80 <u>ab 1.8.2015</u> bis A8 114,55 ab A9 120,30	<u>bis 31.7.2015</u> 99,90 <u>ab 1.8.2015</u> 102,90	<u>bis 31.7.2015</u> 99,90 <u>ab 1.8.2015</u> 102,90
BB	integriert zur Hälfte in das Grund- gehalt	140	140
Bund	<u>bis 28.2.2015</u> bis A8 123,96 ab A9 130,18 <u>ab 1.3.2015</u> bis A8 126,70 ab A9 133,40	<u>bis 28.2.2015</u> bis A8 235,25 ab A9 241,47 <u>ab 1.3.2015</u> bis A8 240,44 ab A9 246,78	<u>bis 28.2.2015</u> 121,29 <u>ab 1.3.2015</u> 113,74
HB	bis A8 117,58 ab A9 123,46	bis A8 223,16 ab A9 229,04	105,58
HH	121,76	225,88	104,12
HE	123,92	105,99	105,99
MV	bis A8 117,99 ab A9 123,94	bis A8 224,02 ab A9 229,97	106,03
NI	bis A8 117,68 ab A9 123,56	bis A8 223,35 ab A9 229,23	105,67
NW	bis A8 117,58 ab A9 123,46	bis A8 223,14 ab A9 229,02	105,56
RP	61,82	173,47	173,47
SL	bis A8 114,09 ab A9 119,84	bis A8 234,50 ab A9 240,25	120,41
SN	bis A8 117,58 ab A9 123,46	bis A8 254,04 ab A9 259,92	136,46
ST	123,42	105,58	105,58
SH	bis A8 116,83 ab A9 122,70	bis A8 221,79 ab A9 227,68	104,96
TH	bis A8 126,89 ab A9 133,27	116,42	116,42

¹⁰ Stand: März 2015.

